



Martin Patzelt MdB



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in dieser Woche habe ich im Plenum des Deutschen Bundestages zu einem Antrag der Grünen zum Thema Flüchtlinge gesprochen. Eine Kurzfassung meiner Rede finden Sie auf den nächsten Seiten. Die vollständige Rede können Sie auf meiner Homepage nachlesen.

Zur Kernzeit am Donnerstag stand die unsichere Lage der deutschen Stahlindustrie auf der Tagesordnung. Ich habe mich in Briefen an den Wirtschaftsminister, den

Fraktionsvorsitzenden und den Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses für die Interessen der Stahlindustrie stark gemacht. Es geht darum, diesem für Deutschland und insbesondere für die Region Eisenhüttenstadt bedeutenden Wirtschaftszweig die Wettbewerbsfähigkeit vor allem gegenüber der Dumpingproduktion aus China zu erhalten.

Am Donnerstag gab es zwei Abstimmungen zum umstrittenen Thema Fracking. Grüne und Linke hatten beantragt, dieses Verfahren zu verbieten. Beide Anträge wurden mehrheitlich abgelehnt. Ich

habe für den Antrag der Grünen votiert, weil ich es nicht mit meinem Gewissen vereinbaren kann, dass mit noch nicht erkennbaren, nachteiligen Folgen oder Langzeitfolgen bzw. mit Risiken behaftete Technologien angewandt werden. Ich möchte meinen Nachkommen möglichst keine solchen Lasten aufbürden.

Ich wünsche eine angenehme Lektüre

Ihr

50.000 Euro für Landkreis Oder-Spree



Damit das Internet noch schneller wird, fördert der Bund dessen Ausbau mit einem Breitbandförderprogramm.

In den Genuss einer Förderung kommt auch der Landkreis Oder-Spree. Am 26. April 2016 erhielten Vertreter des Landkreises in Berlin aus der Hand von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) einen Scheck in Höhe von 50.000 Euro für die Förderung von Beraterleistungen.

Nr. 59/18. WP
29. April 2016

Von links: Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt, Jörg Thoma, Hanna Gläsmer (Landkreis Oder-Spree)

Neuer Leiter der Erstaufnahmestelle Eisenhüttenstadt

Am Montag (25.04.2016) traf ich mich mit dem neuen Objektleiter der Erstaufnahmeeinrichtung, Stefan Bley vom Deutschen Roten Kreuz, das seit Februar die Unterkünfte der Zentralen Ausländerbehörde (ZABH) in Eisenhüttenstadt und Frankfurt betreut. Er erläuterte mir die derzeitige Belegungssituation und sein Konzept der Sozialbetreuung. Fast die Hälfte der Geflüchteten, die in Unterkünften der ZABH wohnen, ist minderjährig. Deshalb wurden auch mehrere Erzieher für eine Ganztagesbetreuung eingestellt. Die Eltern haben dieses Angebot sehr dankbar angenommen, um ihren Kindern etwas Abwechslung zu ermöglichen und nach der Flucht selbst erst einmal zur Ruhe kommen zu können. Trotz der kurzen Verweildauer von zwei



Im Gespräch mit Stefan Bley in meinem Wahlkreisbüro in Eisenhüttenstadt.

bis sechs Wochen werden auch hier schon Deutschkurse angeboten, die eine einfache Verständigung im Alltag erleichtern sollen.

Für mich ist es erfreulich, dass sich die Personalsituation insoweit verbessert hat, als die Ehrenamtlichen, die sich schon lange in den Einrichtungen engagieren, durch hauptamtliche Kräfte entlastet werden. So wird

einer Überforderung vorgebeugt. Konflikte unter den Bewohnern entstehen oft durch mangelnde Beschäftigung und Alltagsstruktur. Hier bemüht sich das Deutsche Rote Kreuz um verschiedene Angebote wie Sport, aber auch einfache Tätigkeiten im Außengelände und in den Häusern.

Gesprächsforum Minden zum Thema Flüchtlinge

Das Gerichtszentrum der Stadt Minden in Nordrhein Westfalen war am 22. April 2016 Schauplatz für das Mindener Gesprächsforum für Verwaltungsrecht, an welchem ich teilgenommen habe. Unter dem Titel „Spaltet die Flüchtlingskrise die Gesellschaft?“ hatten die Anwaltskanzlei Brandt sowie der Präsident des Verwaltungsgerichtes, Klaus Peter Franzen, eine Podiumsdiskussion

mit dem Journalisten Jürgen Liminski, der Bielefelder Polizeipräsidenten Katharina Giere und dem Politikwissenschaftler Werner J. Patzelt organisiert. In der fruchtbaren und kontroversen Diskussion auf dem Podium und mit dem Publikum habe ich versucht deutlich zu machen, dass es in der aktuellen Situation zum einen darum geht, die Flüchtlingszahlen zu senken, zum anderen aber den Geflüch-

teten trotzdem eine menschenwürdige Unterkunft und Versorgung zu gewährleisten.



im Podium: Jürgen Liminski

Jugendmedienworkshop 2016

In diesem Jahr findet der achte Jugendmedienworkshop des Bundestages statt. Die „Nachwuchsjournalisten“ im Alter von 16-20 Jahren lernen im Workshop einen Tag lang die politische Seite Berlins kennen. Sie sprechen unter anderem mit Abgeordneten des Bundestages und schauen sich die Pressearbeit von Radio und Fernsehsendern genauer an.



Frau Hackl interviewte mich zum Thema Unterbringung von Flüchtlingen.

„Heute für morgen helfen – Engagement für Geflüchtete stärken“

Am 28.4.2016 habe ich zum Antrag „Heute für morgen helfen – Engagement für Geflüchtete stärken von Bündnis 90/ Die Grünen gesprochen. Im Folgenden ist diese Rede leicht gekürzt wiedergegeben.

„Heute für morgen helfen“ - ein wunderschöner Titel. Das Papier liest sich auch wirklich interessant. Es enthält viele Anregungen, Inspirationen würde ich sogar sagen. Es beschreibt die Situation auch aus meiner Wahrnehmung sehr gut, bringt auch entsprechende Konfliktstoffe zum Tragen, und dennoch sage ich Ihnen: Es muss nicht unbedingt von uns hier im Bundestag verabschiedet werden. Der Zug ist schon lange abgefahren.

Engagement vor Ort entwickeln

Spätestens bei dem massiven Anwachsen der Flüchtlingszahlen haben wir gemerkt, was Ehrenamt in unserem Land leistet, was es kann, wie viel Kraft, wie viel Emotion, wie viel Engagement es gibt. Das hat uns als Verwaltung und Politik manchmal sogar beschämt, weil wir nicht schnell genug hinterherkamen.

Deshalb denke ich: Eine solche Anregung aus dem Deutschen Bundestag kann eher kontraproduktiv wirken. Das hieße, als wollten wir ihnen sagen, wie sie es zu machen haben. Ich bin tief davon überzeugt, dass dieses Engagement vor Ort in den Kommunen entwickelt werden muss; nicht von uns fremdbestimmt, sondern von uns begleitet mit Achtung, mit entspre-

chender finanzieller Unterstützung.

Ich denke, wir haben es nicht nötig, als Schützenhelfer und Motivationshelfer zu dienen, sondern wir sollten uns mehr darauf orientieren, dass sich in unseren Wahlkreisen Strukturen bilden und zu entsprechenden Netzwerken verbinden, dass sie gut kooperieren, sich abstimmen und insofern dort leistungsfähiger werden, wo es nötig ist.

Strukturen sind vorhanden

Ich bin fest davon überzeugt, dass zusätzliche Regelwerke, neue staatliche Institutionen eher Sand im Getriebe sind, weil die Strukturen eigentlich vorhanden sind: Antiterrorismusberatung, Netzwerke verschiedenster Beratungen und Begleitungen in den unterschiedlichen Strukturen von Wohlfahrt und öffentlicher Hand. Man muss sie nur auf die entsprechenden Aufgaben aufmerksam machen, wenn sie es nicht selber sehen, und sie aktivieren. Also neue zusätzliche Institutionen halte ich für kontaindiziert.

Was ist Integration?

Ich will noch einmal zu einigen Begrifflichkeiten Stellung nehmen, die Sie in Ihrem Antrag verwenden. Es ist immer wieder von einer „professionellen Integrationsstruktur“ und „Integrationscentern“ die Rede. Grundsätzlich: Integration ist für mich immer noch eine Leerformel. Der Begriff wird von uns allen gebraucht, alle verstehen vielleicht etwas anderes darun-

ter. Der Begriff ist gar nicht definiert und gefüllt. Ich glaube, wenn man den Begriff verwendet, müssten wir uns alle Mühe geben, diesen näher zu definieren, damit wir wissen, wovon wir reden und über was wir diskutieren.

Best-Practice-Vergleiche

Sie haben viele Anregungen, Beispiele für digitale Bildungsangebote, für Beratung, für Engagement von Vereinen, Kirchen, Freiwilligen gegeben. Ich glaube, sie sind alle schon unterwegs und machen Best-Practice-Vergleiche. Über das Bundesgebiet hinaus haben sie sich schon vernetzt.

Wenn wir ihnen helfen sollen, geht es meistens um Geld und nicht um gesetzliche Regelungen oder Verwaltungsvorschriften.

Face-to-Face

Wir haben erlebt, dass es eine freiwillige Willkommenskultur gibt. Darüber freuen wir uns. Wir können sie nicht hoch genug schätzen. Aber jetzt geht es darum, aus der Willkommenskultur eine Lebenskultur zu machen.

Jetzt spreche ich die vielen freiwilligen Helfer und Helferinnen in unserem Land von dieser Stelle aus nachdrücklich an: Sie können etwas leisten, was keine Institution und keine Politik leisten kann, nämlich Face-to-Face-Begegnungen.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Martin Patzelt, MdB

Mitglied im Ausschuss für
Familie, Senioren, Frauen und
Jugend
Mitglied im Ausschuss für
Menschenrechte und
Humanitäre Hilfe
Mitglied im Unterausschuss
Bürgerschaftliches Engagement

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Anna Fabisch
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
martin.patzelt.ma04@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Dr. Markus Zaplata
Saarlouiser Str. 35
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Do 16-18 Uhr

Um diesen Newsletter zu
abonnieren, senden Sie uns
bitte eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

Fortsetzung meiner Rede

Was Flüchtlinge jetzt Eine glaubwürdige
wirklich noch viel mehr menschliche Begegnung,
brauchen, sind Men- von Mensch zu Mensch,
schen, die mit ihnen hat eine Wirkung, die
Deutsch sprechen. Mir unvergleichlich produktiv
sagen Flüchtlinge im- ist, vom Deutschlernen
mer wieder: Wir lernen bis hin zum Zurechtfin-
in den Kursen Deutsch, den in einer fremden
und dann spricht kei- Kultur.
ner mit uns deutsch.

Hoffnungen

Das sind Menschen, Flüchtlinge, die zu uns
die Ihnen erzählen kön- gekommen sind, abs-
nen, woher sie kom- trakte Begriffe wie Ge-
men, was sie erlitten rechtheit, Partner-
haben, was sie hoffen, schaftlichkeit, Gleichbe-
wie sie mit den Konflik- rechtigung und Würde
ten klarkommen, die des Menschen verste-
sie tagtäglich erleben, hen, wenn sie keinen
wie sie mit den Defizi- Menschen haben, der
ten, die sie bei sich sie ihnen nach unserem
erkennen, zurechtkom- Grundgesetz sozusagen
men. übersetzt?

Mensch zu Mensch

Da gibt es keine ande- Sie verstehen das ein-
re Lösung als die fach nicht. Dann merken
menschliche Begeg- wir, wie unzulänglich all
nung. Man kann nicht unsere organisierten
jedem einen Sozialar- Angebote sind und wie
beiter auf den Rücken sehr wir die freiwilligen
binden; wir haben sie Helfer brauchen, die sa-
nicht, können sie nicht gen: Wir nehmen sie ein
bezahlen, und sie Stück weit in unser Le-
schaffen es nicht, auf ben hinein, so weit, wie
gleiche Art und Weise ein jeder kann. - Ich hal-
einen Kontakt herzu- te das für unverzichtbar.
stellen, weil sie als Pro- Ich glaube auch - davon
fessionelle anders bin ich fest überzeugt -,
wahrgenommen wer- dass wir alle miteinander
den.

Gleichberechtigung

Wie sollen denn die
Flüchtlinge, die zu uns
gekommen sind, abs-
trakte Begriffe wie Ge-
rechtheit, Partner-
schaftlichkeit, Gleichbe-
rechtigung und Würde
des Menschen verste-
hen, wenn sie keinen
Menschen haben, der
sie ihnen nach unserem
Grundgesetz sozusagen
übersetzt?

Freiwillige Helfer

Sie verstehen das ein-
fach nicht. Dann merken
wir, wie unzulänglich all
unsere organisierten
Angebote sind und wie
sehr wir die freiwilligen
Helfer brauchen, die sa-
gen: Wir nehmen sie ein
Stück weit in unser Le-
ben hinein, so weit, wie
ein jeder kann. - Ich hal-
te das für unverzichtbar.
Ich glaube auch - davon
bin ich fest überzeugt -,
dass wir alle miteinander

uns dabei verändern
werden. Auch wir wer-
den lernen. Wir dürfen
doch den Flüchtenden
nicht alle Wurzeln ab-
schneiden.

In neue Welten

Wir können doch In-
tegration nicht so verste-
hen, dass sie so werden
müssen wie wir. Ein
Mensch, der seine eige-
ne Sozialisation verleug-
nen muss, der verliert
noch mehr den Halt. Das
heißt, es geht hier um
einen Prozess, den wir
miteinander angehen
müssen. Mir macht er
keine Angst. Wir werden
in neue Welten geführt
werden. Ich bin vielleicht
morgen nicht mehr der
Alte, der ich heute war.

Menschliche Werte

Das ist auch gut so. Wir
müssen sehen, dass wir
das immer auf der Basis
unseres Grundgesetzes,
unserer menschlichen
Werte tun und dass wir
die zu uns Gekommenen
mit unserem Verhalten
auf diese richtigen Wege
locken. Wir müssen
ihnen unsere Werte
glaubhaft vorleben. Das
Beispiel wirkt immer am
besten.